

Antrag Nr. 06-O-26-0012

CDU-Fraktion

Betreff:

Verlegung der Sozialdienste nach Biebrich (CDU)

Antragstext:

Der Magistrat der LH Wiesbaden wird gebeten zu prüfen, in welcher Form die durch die Verlegung der Sozialdienste nach Biebrich den betroffenen Bürgern entstehenden materiellen und immateriellen Nachteile abgedeckt werden können, z.B. durch die Einrichtung eines Fahrdienstes, die Übernahme der Fahrtkosten zur neuen Dienststelle in Biebrich, die Möglichkeit, Anträge weiterhin in der Ortsverwaltung Kostheim holen und abgeben zu können.

Begründung:

Die Verlagerung der Sozialdienste von Kostheim nach Biebrich hat für die Verwaltung Einsparungen, für die betroffenen Bürger neben größeren Unannehmlichkeiten Mehrausgaben zur Folge. Es sollte daher geprüft werden, in welcher Weise die den Bürgern auferlegten Mehrbelastungen kompensiert werden können.

Mainz- Kostheim, 06. Februar 2006

Prof. a.D. Dr. Alfred Malcherek
Fraktionsvorsitzender